



Keine Kürzungen beim Klimaschutz und der sozialen Daseinsvorsorge – Politik muss Zukunftsinvestitionen sicherstellen!

Gemeinsamer Appell von Umwelt- und Sozialverbänden und Gewerkschaften zur Haushalts- und Finanzkrise

Es erfüllt uns mit großer Sorge, dass nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Finanzpolitik Stimmen aus der Politik Kürzungen bei Sozial- und Klimaausgaben sowie im Bereich der internationalen Zusammenarbeit fordern und Deutschland auf einen Sparkurs einschwören wollen.

Wir erleben, dass die Armut in Deutschland in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Auch die Mittelschicht verspürt eine enorme Unsicherheit und einen hohen finanziellen und persönlichen Druck infolge der Inflation, steigender Preise und Mieten. Der Ton in der Gesellschaft ist dadurch rauer geworden und der soziale Zusammenhalt gefährdet. Es wäre verantwortungslos, die haushaltspolitische Notlage auf dem Rücken derjenigen auszutragen, die unter den Folgen der Krisen der vergangenen Jahre besonders gelitten haben. Deshalb werden wir Kürzungen am sozialen Fundament unserer Gesellschaft nicht tolerieren. Kürzungen an dieser Stelle würden zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen und das Gelingen der notwendigen sozial-ökologischen Transformation in Frage stellen.

Gleichzeitig sind unsere ökologischen Lebensgrundlagen gefährdet, wenn es uns nicht gelingt, die Klima- und Biodiversitätskrise einzudämmen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 sehr deutlich gemacht, dass die Bundesregierung verpflichtet ist, die Freiheitsrechte künftiger Generationen zu schützen und diese vor den enormen Lasten eines ungebremsten Klimawandels bewahren muss.

Klimaschutz ist dabei nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Weltweit findet ein Wettlauf bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft statt. Nur wenn wir heute in klimaneutrale Technologien investieren, können wir eine starke Wirtschaft und Industrie mit guter Arbeit in unserem Land halten und unseren Wohlstand und Arbeitsplätze sichern.

Die aktuelle Finanz- und Haushaltskrise kann und darf daher nicht über Kürzungen im Sozialetat, beim Klimaschutz und Biodiversität, bei der internationalen Zusammenarbeit oder bei Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts gelöst werden. Angesichts zahlreicher Krisen und globaler Herausforderungen brauchen wir einen handlungsfähigen und starken Staat, der die klima- und umweltfreundliche Modernisierung unseres Landes sozial gerecht vorantreibt und gestaltet sowie die notwendige globale Kooperation organisiert.

Ohne zusätzliche Investitionen wird der sozial gerechte Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft nicht möglich sein. Schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt waren Klimaschutz und soziale Ausgaben nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Wir fordern deshalb, dass die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Opposition ihrer staatspolitischen Verantwortung nachkommen und eine tragfähige Lösung finden, die langfristige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ermöglicht.

Dazu gehört,

- schnellstmöglich eine Lösung auf den Weg zu bringen, um **die geplanten Ausgaben im Sozial- und Klimabereich, bei der internationalen Zusammenarbeit und zur klimaneutralen Transformation der Wirtschaft in vollem Umfang abzusichern**
- und zu beschließen, dass **zusätzliche Mittel für Investitionen in den Klimaschutz, soziale Daseinsvorsorge und den ökologischen Umbau der Wirtschaft fließen.**

Dazu machen wir folgende Vorschläge:

- **Die Schuldenbremse muss auch für das Jahr 2024 ausgesetzt werden, um zugesicherte Investitionen in Förderprogramme für Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der Transformation zur Klimaneutralität und soziale Daseinsvorsorge nicht zu gefährden.**
- **Eine Reform der Schuldenbremse, die den Herausforderungen der Gegenwart gerecht wird und mehr Spielraum für langfristige Zukunftsinvestitionen schafft.**
- **Ein im Grundgesetz verankertes und an den Investitionsbedarfen orientiertes Sondervermögen für Klimaschutz und -anpassung, Transformation und Daseinsvorsorge.**

- **Eine sozial-ökologische Steuerreform, die große Vermögen, Einkommen und Erbschaften stärker besteuert** und langfristig an der Finanzierung der Transformation und des Gemeinwesens angemessen beteiligt.
- Einen sozial gerechten **Ab- und Umbau von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen.**
- Die **Einführung eines Klimagelds**, um die gesellschaftliche Akzeptanz für die sozial-ökologische Transformation zu stärken.
- Die **Einführung einer Haushaltsführung (Green Budgeting)** zu prüfen, die alle Ausgaben auf ihre Klima- und Biodiversitätswirkung hin bewertet.

Folgende Verbände haben den Appell unterzeichnet:

- Klima-Allianz Deutschland
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
- Diakonie Deutschland
- Germanwatch
- Greenpeace Deutschland
- Naturschutzbund Deutschland (NABU)
- Sozialverband VdK
- WWF Deutschland

Kontakt

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstr. 35

10115 Berlin

Website: klima-allianz.de

Instagram, X: @klima_allianz

Für inhaltliche Rückfragen:

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit

daniel.eggstein@klima-allianz.de

Für Presseanfragen:

Julia Riley-Dittmann, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030/780 899 514, Mobil: 0172/298 4269

presse@klima-allianz.de

Berlin, 12. Dezember 2023